INTERVIEW MIT PATRICIA LIPS

»Müssen Maß und Mitte wahren«

Die CDU-Europapolitikerin Patricia Lips lehnt einen Anstieg des EU-Haushalts auf zwei Billionen Euro ab. Ein um 40 Prozent höherer deutscher Beitrag gefährdet aus ihrer Sicht die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung und ist angesichts nationaler Sparzwänge nicht vermittelbar

Frau Lips, die EU steht mit Blick auf China, Russland und die USA wirtschaftlich, militärisch und politisch unter starkem Druck. Gleichzeitig stemmt sich Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) zusammen mit fünf weiteren Staaten gegen eine Erhöhung des EU-Haushalts ab 2028. Warum soll die EU sparen?
Die Kommission will den Etat für die sieben Jahre ab 2028 von 1,2 Billionen Euro auf zwei Billionen Euro erhöhen. Wenn der Bundeskanzler dann sagt, dass einige hundert Milliarden Euro wegfallen sollen, bedeutet das nicht Sparen. In Deutschland diskutieren wir fast täglich über Maßnahmen, um unseren nationalen Haushalt zu konsolidieren. Es wäre ein sehr schlechtes Signal, wenn wir auf europäischer Ebene sagen würden: Hier schöpfen wir aus dem Vollen.

Die Kommission argumentiert, der Anstieg gehe vor allem auf die hohe Inflation und die Schuldentilgung für das Corona-Wiederaufbauinstrument zurück. Darum bereinigt würden die Ausgaben kaum steigen.
Da hat jeder seine Position, und das ist bei so wichtigen Verhandlungen auch legitim. Ich denke, wir können von den Menschen im eigenen Land nicht erwarten, dass sie Kürzungen bei Sozialleistungen hinnehmen, während unsere EU-Beiträge um 40 Prozent steigen. Damit setzen wir die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung aufs Spiel und geben der AfD mit ihrer Europakritik noch zusätzlich Nahrung. Mitte und Maß müssen deshalb gewahrt bleiben. Der Kompromiss der irischen Ratspräsidentschaft sieht eine Kürzung des Ansatzes um 141 Milliarden Euro vor. Das zeigt, dass es ein erstes Entgegenkommen gibt.

Bisher hat die Gruppe der „sparsamen“ EU-Staaten um Merz keine Mehrheit. Ihr gegenüber stehen 17 EU-Länder, die ein großes Budget und höhere Agrar- und Regionalhilfen fordern. Merz ist der Regierungschef des größten Geberlandes der EU. Warum hat sein Wort in Brüssel so wenig Gewicht?
Wie gesagt, ein erster Schritt wurde von den Iren schon gemacht. Und die Verhandlungen über den EU-Haushalt sind immer langwierig. Eine Einigung ist auch in letzter Minute noch möglich. Bislang liegen von allen Seiten Maximalforderungen auf dem Tisch.

Auch nach dem Willen des Kanzlers soll die EU mehr in Forschung, Sicherheit, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit investieren und die Ukraine weiter im Krieg gegen Russland unterstützen. Wo soll gespart werden, wenn das Budget insgesamt kaum steigen soll?
Die EU hat schon in den vergangenen Jahren von sich aus immer mehr Aufgaben übernommen. Aber man kann fragen, ob das immer notwendig und sinnvoll ist. So manches könnte in den Ländern und Regionen besser erledigt werden, und allein die üppige Brüsseler Bürokratie verursacht auf allen Ebenen hohe Kosten. Deshalb ist es gut, dass die Kommission mit den sogenannten Omnibus-Gesetzen erste Entlastungen für die Unternehmen auf den Weg gebracht hat. Der EU-Haushalt darf kein Verschiebebahnhof für nationale Ausgaben sein. Brüssel sollte nur da tätig werden, wo es tatsächlich einen Mehrwert für die Mitgliedstaaten gibt. Wo konkret gespart werden kann, muss nach dieser Maßgabe geprüft werden.

Mit Blick auf die Ukraine hat Merz in Brüssel für eine Aufstockung der EU-Mittel geworben. Dem Land fehlen nach eigenen Angaben nächstes Jahr 70 Milliarden Euro, den EU-Kredit über 90 Milliarden Euro schon eingerechnet. Ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht – wie soll die EU das weiter finanzieren?
Auf keinen Fall durch weitere Schulden. Was uns die Tilgung kostet, sehen wir ja aktuell beim Corona-Wiederaufbaufonds. Ich denke, die Frage der Nutzung der in der EU eingefrorenen russischen Vermögen muss wieder auf den Tisch, darum haben die EU-Staaten bisher einen Bogen gemacht. Die Ukraine ist in einer dramatischen Situation, erst recht seit dem Diesel-Abkommen zwischen Russland und den USA, durch das Putin seine Kriegskasse wieder auffüllt. Wir haben keine andere Wahl, als die Ukraine weiter zu unterstützen. Das ist auch für die Sicherheit in Europa unerlässlich.

© Tobias Koch

Kommission und EU-Parlament wollen neue Einnahmequellen für die EU erschließen, zum Beispiel durch die Besteuerung großer Unternehmen oder internationaler Tech-Konzerne und Abgaben auf Elektroschrott. Was halten Sie davon?
Ich habe bei den Eigenmitteln große Bauchschmerzen. Die mögen an der einen oder anderen Stelle erst mal funktionieren. Aber wenn die nächsten Haushaltsverhandlungen anstehen, ist die Versuchung groß, weitere einzuführen oder die schon existierenden zu erhöhen. Die europäischen Unternehmen sollten auf keinen Fall durch noch mehr Steuern und Abgaben belastet werden.

Ein Argument für neue Eigenmittel lautet, dass damit die Abhängigkeit von den Beiträgen der Mitgliedstaaten sinken würde. In Frankreich hat Marine Le Pen angekündigt, die Zahlungen zu halbieren, sollte sie die Wahl im April 2027 gewinnen.
Ich glaube, dass die Fronten am Ende nicht so stark verhärtet sein werden. Auch die Franzosen wissen, dass wir in Europa zusammenstehen müssen. Ziel sollte es jetzt sein, den Haushalt vor den Wahlen in Frankreich, Italien und Polen bis Ende des Jahres abzuschließen. Dieser straffe Zeitplan ist wahrscheinlich die größte Herausforderung.

Einig waren sich die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel, dass die EU einen härteren Kurs gegenüber China einschlagen soll, das den europäischen Markt mit billigen Produkten flutet. Warum hat selbst Merz seine bisherige Zurückhaltung aufgegeben?
Die Schmerzgrenze ist erreicht. Zwar hat China sich zuletzt bereit erklärt, den Export von Hybridfahrzeugen in die EU einzuschränken. Aber es geht ja nicht nur um Autos. Nahezu alle europäischen Unternehmen können mit den staatlich gelenkten Preisen chinesischer Produkte nicht mehr mithalten. Angesichts dieses Dumping-Wettbewerbs brauchen wir wirksame Gegenmaßnahmen, eine schnellere Reaktionsfähigkeit der EU-Kommission und Abkommen mit neuen Handelspartnern, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Kanada ist bereits ein wichtiger Partner für uns, aber auch der indopazifische Raum bietet viele Möglichkeiten.

Merz und Frankreichs Präsident Macron sprechen sich für ein neues Instrument aus, mit dem Drittstaaten bei stark marktverzerrendem Verhalten sogar vom Binnenmarkt ausgeschlossen werden könnten. Würden etwaige Gegenreaktionen Chinas, wie Lieferbeschränkungen für Seltene Erden oder E-Auto-Batterien, der europäischen Wirtschaft nicht erst recht schaden?
Diese Sorge hat in der Vergangenheit viele Mitgliedstaaten von Maßnahmen abgehalten. Und es gibt ja auch Unternehmen, die mit China gute Geschäfte machen. Aber wir sollten nicht länger zögern. Ob das schärfste Schwert am Ende wirklich gezogen wird, ist eine Sache. Aber das klare Signal an China muss sein, dass wir diese Handelspraktiken nicht mehr dulden.

Das Interview führte Johanna Metz. ▮

Patricia Lips (CDU) ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und als stellvertretende Fraktionsvorsitzende zuständig für die Europathemen.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Beherzt für Europa: Chantal Kopf

Politiker, die sich der europäischen Sache von Herzen verschrieben haben, erkennt man zuweilen an der gehäuften Nutzung von Akronymen: So viele Gremien auf verschiedenen Ebenen – doch auch wenn Chantal Kopf im Gespräch rasch damit anfängt, mit ihnen um sich zu werfen, hört man ihr gern zu. Unaufgeregt, sachlich und dennoch nahbar macht sie ihren Punkt. Es ist Mittag. Während die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel zu ihrem Gipfel zusammenkommen und über das Budget streiten, greift sie in Berlin zum Handy.
„Geld sind in Zahlen gegossene Prioritäten“, sagt sie. „Es ist richtig, dass es beim Gipfel Hauptthema ist.“ Den diplomatischen Worten folgt ein Bekenntnis: „Es ist besser und auch günstiger, Bereiche wie Energie, Forschung und Sicherheit gemeinsam zu finanzieren als national“, rechtfertigt sie den Ansatz, den Etat der EU-Kommission zu erhöhen. Den irischen Vorschlag mit seinen Kürzungen sieht sie entsprechend kritisch – und auch die Haltung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU). „Seine Priorität ist offenbar, das Budget zu drücken und erst dann über Eigenmittel zu reden“, sagt sie. „Das finde ich unvernünftig.“
Kopf, 31, direkt gewählte Abgeordnete der Grünen für den Wahlkreis Freiburg, meint man beim Kopfschütteln am Hörer zuzuschauen. „Es gibt viele Ideen, aber die Bundesregierung schweigt zu ihnen.“ Da ist der Vorschlag einer europäischen Digitalsteuer für die großen Tech-Konzerne, einer Besteuerung von Krypto-Vermögenswerten und einer Finanztransaktionssteuer. „Der Wettbewerbsfonds zum Beispiel“, sagt sie, „der ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum in Deutschland“. Europa sei die Antwort auf die Wirtschaftskrise hierzulande.
Manchmal sagt sie Sätze, die wie Slogans klingen und die man trotzdem schnell mitschreiben möchte, weil sie überzeugen. Vielleicht liegt es daran, dass Kopf ursprünglich Journalistin werden wollte. Weil sie das bes-

» Es ist besser und auch günstiger, Bereiche wie Energie, Forschung und Sicherheit gemeinsam zu finanzieren als national.
CHANTAL KOPF (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

© Britt Schilling/MdB Kopf

te Abi an ihrer Schule für Deutsch hinlegte, wurde sie mit einem Preis ausgezeichnet. Dann das Studium der Politikwissenschaft, an dem ihr das Wissenschaftliche an sich gefiel. Politik war für sie damals noch eine ehrenamtliche Teilzeitstelle.
Die Faszination für Europa empfand sie immer als normal. Für die gebürtige Baden-Badenerin „war das bei uns im Grenzraum fester Alltag“. Seit 2021 vertritt sie den Wahlkreis im Bundestag, wurde sofort Obfrau im Europa-Ausschuss und 2022 europapolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Trotz des rasch auf sie fallenden Rampenlichts sah sie sich nie als eine Persönlichkeit, die in die Politik strebt. Kopf tritt eher zurückhaltend auf, sachlich. Und sie ist ein Beispiel dafür, dass nicht nur die größten Selbstdarsteller dies zu ihrem Beruf machen. Sie wurde halt ziemlich oft gefragt. Kann ja nicht schaden, wenn man Ideen und Überzeugungen hat.
Das Interesse an Politik war immer da. Der Großvater engagierte sich in der CDU, wurde für 65 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet. Die Eltern orientierten sich eher links – es wurde in der Familie diskutiert, „diese unterschiedlichen Ansichten waren sehr bereichernd“. Als Kopf zum Studium nach Freiburg im Breisgau zog, wollte sie sich engagieren. Wollte den Klimaschutz mehr im Bewusstsein der Gesellschaft sehen. „Als ich damals 2014 in ein Jugendzentrum kam, saßen wir da zu fünft.“ Und schon ernannte man sie zur Sprecherin der Grünen Jugend in Freiburg.
Vier Jahre später führte sie den Kreisverband der Grünen. Als Mitglied im Parteirat des Landesverbands beteiligte sie sich 2021 an den Koalitionsverhandlungen der schwarz-grünen Koalition in Baden-Württemberg. In Berlin wirkte sie an wichtigen Bundestagsbeschlüssen mit, engagiert sich in der deutsch-französischen Zusammenarbeit und ist Vizepräsidentin der überparteilichen Europa-Union Deutschlands. Überhaupt ist Kopf recht realo-orientiert. „Meine Überzeugung ist: Demos sind wichtig. Aber Entscheidungen werden in Parlamenten getroffen. Daher wollte ich dorthin.“ Die Freiburger zumindest überzeugte sie damit: 2025 verteidigte sie ihr Direktmandat.
Jan Rübel ▮